bnr.de
blick nach rechts

24. Jahrgang | 18 | 31. August 2007


## Rechte Szene 2

**„Ausgrenzungspolitik“**
Die NPD will nicht mehr mit den Rechts-„Autonomen“ zusammenarbeiten – „freie“ Neonazis setzen sich von der Partei ab.

**„Privatveranstaltung“**
Braunes Spektakel mit Fußball und „Nationalem Flohmarkt“ im Schlosspark.

**Nach dem Verbot nicht tot**
Anklagen gegen die Mitglieder von „Sturm 34“.

## Ausland 5

**Hinrichtung von Gegnern**
Brutale rechtsextreme Gewalt in Russland.

## Grauzone 6

**Ein ehrenwerter Herr**
Günther Kissel, Neumitglied bei „pro NRW“, unterhält Kontakte zu Holocaust-Leugnern und Vertretern der extremen Rechten.

## Hintergrund 7

**Einzigartige Beziehungen**
Mit dem Abkommen vom 10. September 1952 verpflichtete sich die Bundesrepublik, Israel beim Aufbau zu helfen – ihr internationales Ansehen stieg danach schnell an.

## Blick in die Zeitgeschichte 9

**„Es geht nicht um Reue“**
Die Angehörigen von Opfern des SS-Massakers in Distomo warten bis heute vergeblich auf eine Entschädigung. Der Dokumentarfilm „Ein Lied für Argyris“ erzählt die Geschichte eines Überlebenden.

## Rezension 10

**Genau hinschauen**
Ein neu erschiener Sammelband liefert handfeste Belege für die starke Affinität der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zum extrem rechten politischen Spektrum.

**Verschleierte Botschaften**
Der Rechtsextremismus bietet auch eine eigene Erlebniswelt – damit sollen speziell Jugendliche geködert werden.

## Meldungen 12

## Rechte Szene

# „Ausgrenzungspolitik“

*Die NPD will nicht mehr mit den Rechts-„Autonomen“ zusammenarbeiten - „freie“ Neonazis setzen sich von der Partei ab.*

Es war und ist ein Spagat: der Versuch der NPD, in einer „Volksfront“ Rechtsextremisten von der DVU bis hin zu militanten Neonazis auf ein politisches Konzept zu einigen. Schon mit der Partei von Gerhard Frey ließ sich das nur begrenzt umsetzen: Statt der „Volksfront“ gab es unter dem Titel „Deutschlandpakt“ kaum mehr als technische Absprachen über Wahlkandidaturen und nette Grußworte bei Parteitagen. Und auch auf der anderen Seite der „Front“ wurden ab und an Überdehnungserscheinungen bemerkbar, etwa als die niedersächsische NPD nicht mehr mit bekennenden Neo-Nationalsozialisten aus dem Spektrum der Parteifreien zusammenarbeiten mochte. Das Feuer in Niedersachsen ist gerade gelöscht, da tut sich ein neuer Brandherd auf.

Das neonazistische Nachrichtenportal „Altermedia“ veröffentlichte am 16. August eine Erklärung des NPD-Präsidiums mit der Überschrift „Unsere Fahnen sind schwarz – unsere Blöcke nicht!“ eine scharf formulierte Abrechnung mit dem Demonstrationsgebaren des sich als „autonom“ verstehenden Teils der parteifreien Neonazis. Vorbereitet hatte sie die NPD-Spitze kurz nach einer Demonstration Anfang Juli in Frankfurt/Main, bei der NPD-Ordner und Rechts-„Autonome“ handgreiflich aneinander geraten waren. Die von den Rechts-„Autonomen“ bei Demonstrationen gebildeten „Schwarzen Blöcke“ werden in der Erklärung als „anarchistische Erscheinungsformen“ tituliert. „Nach der Devise ‘Qualität statt Quantität’ stellen wir fest, dass wir – auch auf die Gefahr künftig geringerer Teilnehmerzahlen hin – nicht bereit sind, uns diesem politischen Zeitgeistphänomen anzupassen.“ Die NPD – die sich gerade anschickt, mit dem Schlips- und Kragen-Träger Andreas Molau und mit bürgerlichem Habitus in Niedersachsen in den Wahlkampf zu ziehen – wolle „die Menschen überzeugen und ihre Herzen gewinnen“: „Das können wir aber nicht, wenn wir die Optik, Sprache (Anglizismen), Parolen und Inhalte des Gegners kopieren.“ Ein „Schwarzer Block“ wecke „den Eindruck grundsätzlicher Gewaltbereitschaft“. Wer eine Demonstration mit einem Faschingsball verwechsele, solle ihr lieber fernbleiben, polterte das Parteipräsidium. Und ganz allgemein hielt die NPD-Spitze fest, dass „wir zumindest über unsere Gesamterscheinung zeigen (sollten), dass wir die Mitte des Volkes repräsentieren“. Nicht mit Militanz bei Demonstrationen will die NPD punkten, sondern mit Bürgerberatung, Kinderfesten oder der Betreuung von Alten, Jugendlichen und sozial Schwachen.

Seit der Veröffentlichung der Erklärung schlagen die Wellen in der Diskussion hoch. Denn sie wird nicht lediglich als eine Absage an den „Schwarzen Block“ bei Demonstrationen verstanden. Der Hamburger Christan Worch: „Die Erklärung geht über diesen eigentlichen Punkt weit hinaus. Sie hat damit eine unnötig spalterische Tendenz. Sie wird damit nicht nur zur Abgrenzung gegenüber gewissen äußerlich erkennbaren Erscheinungsformen bei Demonstrationen, sondern auch zur Abgrenzung gegenüber den dahinterstehenden Gedanken und den Leuten, die diese Gedanken tragen.“ Geschlagen wird demnach der „Schwarze Block“, gemeint ist aber das gesamte rechts-„autonome“ Spektrum, dem Worch etwa ein Viertel der parteifreien Neonazis zurechnet.

**„Habgieriger Politbonze“**

Was sich in den letzten vier Jahren, als sich das Phänomen der Rechts-„Autonomen“ herauszubilden begann, an gegenseitiger Abneigung herausgebildet hat, macht sich nun Luft. Für Rechts-„Autonome“ ist die NPD wahlweise bereits eine etablierte Partei, eine „Spitzel-“ und eine „Bonzenpartei“. Die Abgrenzungserklärung wird zum „weiteren Schritt der Verbürgerlichung“. Und das, obwohl die Vergangenheit doch gezeigt habe, „dass durch friedliches Getue keine Änderungen möglich sind“ und durch „ewiggestriges Auftreten man die Jugend (= Zukunft) nicht erreichen“ kann. Als eigentlicher Urheber der NPD-Erklärung wird in Freien- und „Autonomen“-Kreisen Peter Marx vermutet – zumal der stellvertretende Bundesvorsitzende noch den Vorwurf nachgeschoben hatte, die „Autonomen Nationalisten“ würden durch staatliche Institutionen gefördert. Erwartungsgemäß brachte diese Äußerung Marx die Erinnerung daran ein, dass er selbst, der „habgierige Politbonze“ und „Geldstaubsauger“, in der Vergangenheit stets ganz in der Nähe war, wenn die NPD Staats-

gelder zu verteilen hatte. Umgekehrt geben sich die NPDler und die Gegner der „Autonomen“ ohne Parteibuch nicht weniger zimperlich: Das Black-Block-Gehabe sei längst zum Selbstzweck jener geworden, die Bürgerkrieg spielen wollten. „Sie nutzen die NPD quasi als Plattform für ihre Pseudo-Revolution.“ Kleidung sei ihnen wichtiger als das Ziel, ihr Auftreten schlicht „artfremd“ und „undeutsch“. Alternativ sind sie eine „Modeerscheinung“, die mit Politik nichts am Hut habe, aber dafür umso mehr mit Gewaltsucht und Provokation, „bolschewistische Maulwürfe“ oder „die Aussteiger von morgen“.

**Junge Nationaldemokraten sympathisieren**

Dass es durchaus Fehlentwicklungen bei den Rechts-„Autonomen“ gegeben habe, räumen auch manche ihrer Verteidiger ein. „Freie“ Neonazis vom Niederrhein nennen beispielsweise eine übertriebene Militanz, die Übernahme linker Symbole oder die Verwendung von Anglizismen. Dennoch plädieren sie für einen „optischen Pluralismus“ bei rechten Demos und damit auch für das Auftreten eines „Schwarzen Blocks“. Die NPD mache die von ihr postulierte „Volksfront“ wieder zunichte, warnen sie: „Sollte dieser ‘Erklärung’ von den Kreis- und den Landesverbänden nicht widersprochen werden, ist jedes dem ‘Schwarzen Block’ solidarisch gesonnene Parteimitglied aufgerufen, nicht nur aus der NPD auszutreten, sondern vielmehr die Arbeit der Partei nicht mehr zu unterstützen.“ Die Autoren aus Neuss stehen im Übrigen geradezu typisch für die Begriffsverwirrung bei vielen „Autonomen“, wenn sie einerseits festhalten, „dass antifaschistische Symbolik und deren Übernahme oder Veränderung in unseren Reihen nichts zu suchen hat“, andererseits ihren Text aber als „Autorenkollektiv linker Niederrhein“ unterzeichnen. Dem Aktionsbüro Norddeutschland gefiel dieser Beitrag vom Niederrhein offenbar so gut, dass es ihn ein wenig modifizierte und ausbaute und das Ergebnis als eigene Stellungnahme veröffentlichte: Die Erklärung des NPD-Parteipräsidiums sei „eine offene Ausgrenzungspolitik“, die „leider Tradition“ habe „in reaktionären Führungszirkeln der NPD“, meint das AB Nord.

Auch Neonazis, die in den letzten drei Jahren nichts gegen eine Zusammenarbeit mit der NPD einzuwenden hatten, setzen sich wieder von der Partei ab. Sven Skoda aus Düsseldorf etwa, häufig Redner bei NPD- wie bei „Freien“-Demos, wittert einen „Rückfall in alte Verhaltensmuster und einen klaren Widerspruch zu der Erklärung aus dem Jahr 2004“, als die NPD sich unter der Überschrift „Volksfront statt Gruppenegoismen“ zur Zusammenarbeit mit parteilosen Neonazis bekannte. Der NPD gehe es darum, „dass man Aktivisten des nationalen Widerstandes, die sich nicht so einfach auf einen bürgerlichen Kurs bringen lassen werden, ausgrenzt“. Mit einem solchen „bürgerlichen Kurs“ weiß er nichts anzufangen: „Wer wirklich glaubt, dass wir in diesem System irgendetwas geschenkt bekommen werden, weil wir uns stets freundlich und devot gebeugt haben, ist bereits soweit in diesem System angekommen, dass er selbst Teil des Problems geworden ist und braucht sich nicht zu wundern, wenn er zukünftig auch so behandelt wird!“ Tatsächlich könnte die Erklärung des NPD-Präsidiums auch parteiintern Konsequenzen zeitigen: Teile der Jungen Nationaldemokraten sympathisieren mit „autonomen“ Gedanken – einige JN-Gliederungen sind bereits „übergelaufen“ –, und auch in einigen Landesverbänden ist die Zusammenarbeit mit solchen Gruppen zur Selbstverständlichkeit geworden.

Andererseits setzen sich aber auch einige „Parteifreie“ deutlich vom rechten „Schwarzen Block“ ab. Das „Aktionsbüro Rhein-Neckar“ zum Beispiel mag ihn bei seinen Veranstaltungen nicht mehr sehen: Er sei „mit seiner ganzen Außenwirkung bzw. Ausstrahlung auf den normalen Bürger, wie auch auf Jugendliche und auf die eigenen Aktivisten nicht mit unserer Weltanschauung vereinbar“. Er wirke unorganisiert, erwecke das Gefühl der Führerlosigkeit und strahle eine hohe Gewaltbereitschaft auf Außenstehende aus. „Dies widerspricht der Weltanschauung des Nationalen Sozialismus.“ Die Rechts-„Autonomen“ dürfte eine solche Kritik wenig stören. Tatsächlich kennzeichnet sie eine gewisse Form von Autismus, die sich an Befindlichkeiten Nicht-„Autonomer“ wenig stört, dafür kombiniert ist mit gewaltiger Selbstüberschätzung. Nicht untypisch dafür ist der Kommentar eines ihrer Anhänger bei „Altermedia“: Im Fall „einer gelungenen Revolution“ würden „Bonzendemokraten wie Marx, Voigt und Apfel mit Sicherheit zur selben Rechenschaft gezogen, wie alle anderen Systemknechte ... Die Revolution findet statt. Wann, ist nicht sicher. Sicher ist aber, sie findet ohne die NPD statt.“

*Tomas Sager*

## „Privatveranstaltung“

*Braunes Spektakel mit Fußball und „Nationalem Flohmarkt“ im Schlosspark.*

Zum Mecklenburger Fußball-Turnier reisten die rund 200 Teilnehmer aus fünf Bundesländern am Samstag, den 25. August bis 12.00 Uhr an. Sie kamen aus Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Am Tanktreff in Vellahn im Landkreis Ludwigslust hatten die Organisatoren einen Schleusungspunkt eingerichtet.

Glatzköpfige Wegweiser und ein Mitglied des NPD-Ordnungsdienstes sammelten die ankommenden Fahrzeuge und führten sie im Konvoi zum nahegelegenen „Dammereezer Schlosspark“. Dort nahmen die NPD-Funktionäre Andreas Theissen und Torgej Klingbiel, gemeinsam mit der „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ (GDF) um Runhild Köster, die Gäste in Empfang. Es gab mehrere Mannschaften unter anderem in braunen, hellblauen, weißen, roten und schwarzen Shirts. Die Fußball-Spieler trugen Fantasie-Nummern wie „88“ und Szene-Aufdrucke. Auf dem Fußballfeld im öffentlich zugänglichen englischen Schlosspark tollten Kinder herum. Ein Grill wurde aufgebaut. Stefan Köster, NPD-Landtagsabgeordneter in Schwerin, stülpte sich eine gelbe Leuchtweste über, um als Schiedsrichter für Recht und Ordnung beim Spiel zu sorgen. Aufgeregt rannte Köster zwischen den Spielern herum. Kösters Frau hatte die Anwesenden im Auftrag der GDF zeitgleich zum „1. Nationalen Flohmarkt“ geladen, Baby- und Kindersachen lagen auf einem Biertisch.

Ein herrlicher Familientag im August für die Rechten. Wäre da nicht das Fernsehteam vor dem Eingang des Parks, sowie die zwei anwesenden Zivilbeamten aus Schwerin. Kaum bemerkten die NPD-Anhänger die Störenfriede, begannen sie den öffentlichen Platz abzuschirmen und einige jüngere Glatzen patroullierten zwischen den Bäumen. Torgej Klingbiel und Runhild Köster machten den Journalisten unmissverständlich klar, dass sie es nicht wünschten, gefilmt zu werden. Damit hatten die Rechtsextremisten Erfolg. Die zwei anwesenden Beamten baten ebenfalls, nicht zu filmen, weil es sich um eine „Privatveranstaltung“ handele und sie nicht für den Schutz der Pressevertreter sorgen könnten. Danach forderten sie sie zum Gehen auf.

Dass der Vorsitzende des Fördervereins „Dammereezer Park“ zuvor eine Drehgenehmigung erteilt und betont hatte, die Gäste hätten kein Hausrecht, spielte keine Rolle. Der Vorsitzende des Fördervereines zeigte sich später entsetzt, als er vom Hintergrund des „Fußballturniers“ erfuhr. „Diese Ideologie lehne ich ab“, sagte er der taz und versprach: „Hier spielen die nie wieder!“. Es war wohl Andreas Theissen, der als Handwerker aus der Umgebung telefonisch angefragt hatte. Theissen ist NPD-Kreisvorsitzender und hatte am Wahlabend am 17. September 2006 in Schwerin einen NDR-Kameramann tätlich angegriffen. Gegenüber der „Schweriner Volkszeitung“ (SVZ) bestätigte die Polizei in Schwerin den Vorfall und begründete ihr Vorgehen mit „Deeskalationspolitik“.

Als Samstag nachmittag ein Krankenwagen von den nationalen Fußballern angefordert wurde, weil sich jemand am „rechten Knie“ verletzt habe, da stellte die Polizei zwei uniformierte Beamte am Ortseingang zur Kontrolle ankommender Fahrzeuge auf. Ansonsten war keine Polizei zu sehen. Die Gäste hätten alles sehr sauber verlassen, betonte ein Anwohner.

Bereits am nächsten Tag sorgte der kleine Ort wieder für Schlagzeilen. Denn einer Polizeimeldung zufolge hatten zwei Jugendliche in einem Dammereezer Waldstück mit einer Gaspistole experimentiert. Bei der anschließenden Explosion wurden einem 14-Jährigen vier Finger abgerissen. Nach Polizeiangaben laufen die Ermittlungen hier auf vollen Touren. Die Herkunft der Waffe sei dabei noch unklar.

*Andrea Röpke*

## Nach dem Verbot nicht tot

*Anklagen gegen die Mitglieder von „Sturm 34“.*

Vor dem Amtsgericht Chemnitz soll bis zum 20. Oktober der Prozess gegen den 19-jährigen Neonazi Tom Woost aus dem sächsischen Rochlitz bei Mittweida beginnen. Woost, der eine Glatze trägt, in die „Skinhead“ tätowiert ist, war mutmaßlicher Rädelsführer der im Frühjahr vom sächsischen

Innenminister Albrecht Buttolo verbotenen Kameradschaft „Sturm 34“. Die Staatsanwaltschaft wirft Woost gefährliche Körperverletzung, Bedrohung, Nötigung und das Verwenden von verfassungswidrigen Kennzeichen vor. Er hatte unter anderem am 19. April in Mittweida einen Studenten aus Kamerun und dessen Begleiterin beleidigt und massiv bedroht. Seitdem sitzt Woost im Gefängnis ein. Gerichtserfahren ist Woost bereits. Im Juni verurteilte ihn das Amtsgericht Hainichen zu einer neunmonatigen Haftstrafe, die für zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde. Woost war an einem Überfall auf einen Döner-Imbiss in Mittweida im Februar 2005 beteiligt.

Noch vor dem Prozess gegen Woost wird es im September in Dresden die Anklagen gegen „Sturm 34“-Mitglieder wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung geben. Allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres verübte die Kameradschaft mindestens 70 Straftaten quer durch das Strafgesetzbuch: Körperverletzung, Bedrohung, Volksverhetzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Bei der im März 2006 gegründeten und am 26. April 2007 unter anderem wegen Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verbotenen neonazistischen Kameradschaft handelte es sich Angaben der Staatsanwaltschaft Dresden zufolge um eine Gruppierung, deren Ziel es war, Mittweida und Umgebung von politisch Andersdenkenden und Ausländern zu befreien. Mittweida, in einer ländlichen Gegend im Dreieck zwischen Chemnitz, Leipzig und Dresden gelegen, sollte zur „national befreiten Zone“ werden. Aus dieser Motivation wurden Straftaten verübt. Laut Buttolo sind Mitglieder der Kameradschaft mehrfach brutal gegen Personen des linken Spektrums und Ausländer vorgegangen. So tauchten beispielsweise im Juni 2006 auf einem Dorffest in der Region rund 20 uniformierte Mitglieder von „Sturm 34“ in Marschformation auf und verprügelten mehrere Personen, die sie als mutmaßliche „Linke“ identiziert hatten.

Auch nach dem Verbot von „Sturm 34“ machen dessen ehemalige Mitglieder lautstark auf sich aufmerksam. So zettelten 50 Neonazis, darunter fünf „Sturm 34“-Mitglieder, am Himmelfahrtstag in Burgstädt auf einem Fest eine Massenprügelei an.

*Anton Maegerle*

## Ausland

# Hinrichtung von Gegnern

*Brutale rechtsextreme Gewalt in Russland.*

Das knapp dreiminütige Video schockierte die russische Öffentlichkeit. Auf yandes.ru, eine der meistbesuchten russischen Internestseiten, war die Erschießung und anschließende Enthauptung von zwei vor einer Hakenkreuzfahne knienden Männern zu sehen, deren Gesichter nicht zu erkennen waren. In dem Video wurden die Getöteten als „tadschikische und dagestanische Kolonisten“ bezeichnet. Die Verantwortung für die angebliche Hinrichtung übernahm eine „Nationalsozialistische Partei“, die sich auf dem Video als „militärischer Arm“ der Nationalsozialistischen Gesellschaft (NSG) bezeichnet. Experten gehen von der Echtheit der Hinrichtungsszene aus.

Menschen aus den ehemaligen sowjetischen Kaukasusprovinzen Tadschikistan und Dagestan gehören zu den besonderen Angriffszielen russischer Rechtsradikaler. Aber auch Personen, die sich politisch nicht im Sinne der Nationalisten engagieren, sind in ihrem Visier. So wurde am 20. Juli im sibirischen Angarsk der 21-jährige Umweltaktivist Ilya Bodorajenko bei einem Überfall von 15 Rechtsextremisten so schwer verletzt, dass er einen Tag später im Krankenhaus starb. Vor einigen Tagen wurde vor einem Petersburger Gericht ein russischer Rechtsextremist zu einer 12-jährigen Haftstrafe verurteilt, weil er im November 2006 den Studenten Timur Katscharawa in der Innenstadt von St. Petersburg nach einer politischen Aktion erstochen hatte (bnr berichtete). Prozessbeobachter kritisierten, dass mehrere Mitangeklagte mit Bewährungsstrafen davon kamen. Obwohl Augenzeugen berichteten, dass rund ein Dutzend Rechtsextremisten an tödlichen Überfall auf Katscharawa beteiligt waren, mochte das Gericht keine Bandenkriminalität und auch keinen rassistischen Hintergrund der Tat erkennen. Laut Angaben der russischen Nachrichtenagentur Interfax soll es auch nach dem Anschlag auf einen russischen Schnellzug am 13. August 2007, bei dem 170 Passagiere verletzt wurden, ernsthafte Hinweise auf eine Tat von Rechtsextremisten geben.

*Peter Nowak*

## Grauzone

# Ein ehrenwerter Herr

*Günther Kissel, Neumitglied bei „pro NRW", unterhält Kontakte zu Holocaust-Leugnern und Vertretern der extremen Rechten.*

Der 90-jährige Bauunternehmer Günther Kissel aus dem nordrhein-westfälischen Solingen ist am 16. August der rechtspopulistischen „Bürgerbewegung pro NRW e.V." (pro NRW) beigetreten. Kissel, so verkündet pro NRW, „will künftig die Aktivitäten von pro NRW nach besten Kräften fördern".

Gegründet wurde die „Bürgerbewegung" am 5. Februar dieses Jahres in Leverkusen. Sie soll die Arbeit von rechtspopulistischen Wählervereinigungen in Nordrhein-Westfalen koordinieren und bündeln. Der NRW-Verfassungsschutz sieht darin eine Tendenz zur „Kommunalisierung" rechtsextremer Bestrebungen. Enge Kontakte pflegt pro NRW zum Vlaams Belang in Belgien und zur FPÖ in Österreich. Zum pro NRW-Gründungsvorsitzenden wurde Markus Beisicht (Jg. 1963), Vorsitzender der extrem rechten Bürgerbewegung pro Köln, gewählt. Beisicht war vormals Redaktionsmitglied der rechtsextremen Zeitschrift „student", Bundesvorsitzender des Ring freiheitlicher Studenten sowie später Funktionär der Republikaner und der Deutschen Liga für Volk und Heimat.

Günther Kissel zählt zu den erfolgreichsten Unternehmern Solingens, aber wegen seiner extrem rechten Gesinnung auch zu den umstrittensten Persönlichkeiten in seiner Geburtsstadt. Der ehemalige Kompaniechef der Hitler-Wehrmacht im Osten, der in rechtsextremen Kreisen als „Ausnahmepersönlichkeit" („Nation&Europa") geschätzt wird, pflegt Kontakte unter anderem zur Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck, Gründungsmitglied des rechtslastigen „Vereins Gedächtnisstätte". 1979 referierte der britische Holocaust-Leugner David Irving auf Einladung Kissels auf dessen Bauhof in Solingen. Den Solinger Brandanschlag von 1993, bei dem fünf türkische Frauen und Mädchen getötet wurden, hatte Kissel in einem Brief als „Türkenbrand mit Todesfolgen" bezeichnet. In einem Leserbrief an eine regionale Zeitung klagte er, dass dem „Blutzoll" der Waffen-SS vom Vaterland auf beschämende Weise gedankt würde. Über den französischen Widerstand zwischen 1940 und 1945 befand er in seinen „Gedanken eines kritischen Unternehmers": „Erst als die Invasion der Westmächte in Frankreich gelang, verließ die Resistance ihre Löcher und schoss unsere Kameraden aus dem Hinterhalt nieder oder brachte sie als Meuchelmörder in brutalster Weise um."

1997 wurde ein Redakteur der „Solinger Zeitung", der Kissel als „Auschwitz-Leugner" und „rechtsextremistischen Drahtzieher" bezeichnet hatte, vom Landgericht Wuppertal freigesprochen. Der Richter bezog sich unter anderem darauf, dass Kissel im Vorwort des im extrem rechten Türmer-Verlages (Gert Sudholt) 1990 erschienenen Buches „Deutschland und die Kriegsursachen" schrieb: „Als gesetzestreuer Bürger darf ich zum Beispiel an der berühmten 6-Millionen (Holocaust)Zahl nicht zweifeln, sonst sperrt man mich ein und das hätte ich gar nicht so gerne. Aber muss ich dann auch gesetzestreu daran glauben?"

Bundesweite Schlagzeilen lieferte Kissel zuletzt im Januar 2007. An der Feier seines 90. Geburtstages im Solinger Romantikhotel Gravenberg nahmen neben dem CDU-Oberbürgermeister auch dem Verfassungsschutz hinreichend bekannte Personen aus rechtsextremen Zusammenhängen teil, darunter der NS-„Fliegerheld" Hajo Herrmann und Alfred Mechtersheimer, Vorsitzender der Deutschland-Bewegung, der zu Kissels 80. Geburtstag die Laudatio gehalten hatte. Diesjähriger Laudator war der wegen Volksverhetzung verurteilte rechtsextreme Verleger Gert Sudholt. Seiner Einladung zum Empfang hatte Kissel eine 39-seitige Festrede beigelegt, in der unter anderem die Verbrechen der NS-Zeit in Frage gestellt, der Holocaust relativiert und die Alliierten diffamiert wurden. Im Kapitel über die Judenvernichtung formulierte Kissel: „Stattdessen müssen wir (Deutsche) immer erfahren, dass bewusst Unwahrheiten verbreitet werden." An anderer Stelle sprach Kissel davon, dass vielleicht „nur" 500 000 Juden in den Konzentrationslagern ermordet worden seien.

Der Vorsitzende von pro NRW, Markus Beisicht, hofft nach dem Beitritt Kissels, dass dessem Beispiel „weitere patriotisch gesinnte Wirtschaftsvertreter aus Nordrhein-Westfalen" folgen werden, „die auch auf Landesebene politische Veränderungen wünschen!"

*Anton Maegerle*

## Hintergrund

# Einzigartige Beziehungen

*Mit dem Abkommen vom 10. September 1952 verpflichtete sich die Bundesrepublik, Israel beim Aufbau zu helfen - ihr internationales Ansehen stieg danach schnell an.*

Alle Bundeskanzler haben so formuliert – von Konrad Adenauer bis zu Angela Merkel: Die Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik seien „besondere“ Beziehungen. Der scheidende Botschafter Israels, Shimon Stein, hat eine neue und zutreffendere Formulierung gefunden. Er sagte: „Ich spreche da lieber von der Einzigartigkeit der Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern. Besondere Beziehungen pflegt Deutschland zu Frankreich, zu Polen, zu anderen Nachbarn, doch die Beziehung zu Israel ist einzigartig, bedingt durch die Shoah, die auch einzigartig war.“

Der Beginn dieser Einzigartigkeit hat ein Datum. Es ist der 10. September 1952. An diesem Tag unterzeichneten ein israelischer und ein bundesdeutscher Politiker ein Abkommen, in dem sich die Bundesregierung verpflichtete, Israel beim Aufbau des jungen Staates finanziell und materiell zu helfen. Außerdem – und das war für das Selbstwertgefühl Israels mindestens ebenso wichtig – übernahm die Bundesregierung die Pflicht für die Wiedergutmachung des dem jüdischen Volk zugefügten Unrechts. Das Abkommen ebnete der Bundesrepublik den Weg in die Gemeinschaft der freien Völker. Es war schlichtweg die Voraussetzung dafür. Seit dem Ende der Shoah waren erst sieben Jahre vergangen und der Staat Israel bestand gerade fünf Jahre. Entsprechend schwer und holperig war der Weg nach Luxemburg.

Am Anfang stand ein Interview des Gründers und Chefredakteurs der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“, Karl Marx, mit Bundeskanzler Konrad Adenauer am 25. November 1949, sechs Monate nach Gründung der Bundesrepublik im Mai 1949. Marx suchte nach Möglichkeiten, das neue Deutschland mit den Opfern der Shoah zu versöhnen. Selbstverständlich ging das nicht ohne finanzielle Leistungen. Deshalb kam ihm das Interview mit dem Regierungschef äußerst gelegen. Adenauer versicherte, das deutsche Volk sei gewillt, „das Unrecht, das in seinem Namen durch ein verbrecherisches Regime an den Juden verübt wurde, soweit wieder gutzumachen, wie dies nur möglich ist.“ Dabei machte Adenauer auch ein konkretes Angebot. Die Bundesregierung beabsichtige, Israel Waren zum Wiederaufbau im Wert von zehn Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Adenauer vermied bewusst den Begriff „Wiedergutmachung“ und nannte auch keine finanziellen Summen für Opfer des Holocaust.

**Der Weg in die Gemeinschaft der freien Völker**

Ehe die offiziellen bilateralen Gespräche begannen, war es hinter den Kulissen schon zu Kontakten gekommen. Weil der junge Staat Israel einerseits so kurz nach dem Ende des Holocaust nicht direkten Kontakt zu Bonn aufnehmen wollte, aber andererseits finanzielle Hilfe für den Aufbau brauchte, hatte sich die israelische Regierung an die vier Großmächte mit der Bitte um Intervention gewandt. Während die UdSSR auf die Note gar nicht reagierte, antworteten die drei Westmächte, sie würden zwar gern vermitteln, aus Gründen des Völkerrechts gehe das aber nicht. Man empfehle direkten Kontakt mit Bonn. So kam es dann auch, wobei Adenauer darum gebeten hatte, eine Person zu benennen, die sowohl für Israel als auch für Juden sprechen könne, die nicht in Israel lebten. Damit meinte Adenauer vor allem Holocaust-Überlebende, die nach der Befreiung in die USA und andere westliche Staaten ausgewandert waren. Vorgeschlagen wurde Dr. Nahum Goldmann, ein international erfahrener Vertreter jüdischer Interessen, der gleichzeitig die schwierige Situation der Bundesrepublik verstand.

Am 27. September 1951 gab Adenauer vor dem Deutschen Bundestag eine Regierungserklärung ab. Sie war aus damaligem Verständnis ein Glanzstück politischer Kunst und sprachlichem Einfühlungsvermögen. „Die Bundesregierung und mit ihr die große Mehrheit des deutschen Volkes sind sich des unermesslichen Leids bewusst, das in der Zeit des Nationalsozialismus über die Juden in Deutschland und in den besetzten Gebieten gebracht wurde Das deutsche Volk hat in seiner überwiegenden Mehrheit die an den Juden begangenen Verbrechen verabscheut und hat sich an ihnen nicht beteiligt. ... Die Bundesregierung ist bereit, gemeinsam mit Vertretern des Judentums und des Staates Israel, der so viele heimatlose

jüdische Flüchtlinge aufgenommen hat, eine Lösung des materiellen Wiedergutmachungsproblems herbeizuführen, um damit den Weg zur seelischen Bereinigung unendlichen Leids zu erleichtern."Aus heutiger Sicht traf in der Rede vieles einfach nicht zu. An den Verbrechen waren viele Deutsche aktiv beteiligt. Verabscheut haben sie nur wenige, während viele mitgemacht haben. Dies und anderes konnte und wollte ein deutscher Bundeskanzler damals nicht sagen.

Aber auch die Knesset in Jerusalem musste über die Annäherung und ein angestrebtes Abkommen beraten und abstimmen, die Debatte dauerte drei Tage. Kein Wunder bei so schwierigen, emotionsgeladenen Themen in einem traumatisierten Land. Von den 120 Mitgliedern der Knesset stimmten schließlich 61 Abgeordnete für den Antrag der Regierung. Damit war der Weg frei. Nicht geklärt waren die Zusammensetzung der Delegationen und der Ort der Verhandlungen. Schließlich verfolgte die halbe Welt den Versuch, nach so kurzer Zeit die Vertreter der Opfer und der Täter an einen Tisch zu bekommen. Auf der Suche nach einem geheim zu haltenden Ort verfiel man schließlich auf die niederländische Kleinstadt Wassenaar. Das Hotel, in dem am 21. März 1952 die Gespräche begannen, ist heute ein Verwaltungsgebäude.

**„Geschichtlich präsedenzloser Akt"**

Zur israelischen Delegation gehörten der Politiker Giora Josefthal und Felix Shinnar, der später Chef der israelischen Handelsmission in Köln wurde. Die jüdische Seite, also jene Juden, die nicht in Israel lebten, vertrat die Jewish Claims Conference mit ihrem Schatzmeister Moses Leavitt und ihrem Entschädigungsspezialisten Nehemia Robinso. Ihre deutschen Partner waren allen voran die Rechtsanwälte Franz Böhm und Otto Küster, Männer mit sauberen Westen aber ohne diplomatische Erfahrungen. Deshalb wurde ihnen als Fachmann Abraham Frowein aus dem Auswärtigen Amt zugeordnet. Die Verhandlungen begannen in eisiger Atmosphäre, wie Teilnehmer später in ihren Memoiren berichteten. Das hatte nicht zuletzt an der von Israel geforderten Summe von drei Milliarden Mark und der deutschen Unfähigkeit gelegen, eine bestimmte Summe zu nennen. Am 10. April schien alles schief gelaufen zu sein. Man trennte sich, ohne einen neuen Termin zu vereinbaren. Hier erwies sich Konrad Adenauer erneut als geschickter Brückenbauer. Er traf sich in Bonn mit Nahum Goldmann, Felix Shinnar und deutschen Beratern, aber ohne seinen Finanzminister Fritz Schäffer, einem scharfen Kritiker großzügiger Vereinbarungen. Man einigte sich auf drei Milliarden Mark in Waren, verteilt auf zehn bis zwölf Jahre. Nun konnten die Verhandlungen in Wassenaar fortgesetzt werden, an deren Ende dann die drei Milliarden in Lieferungen an Israel standen sowie 450 Millionen Mark an die Claims Conference für Holocaust-Überlebende außerhalb Israels. Damit waren die Inhalte klar, nicht aber der Rahmen, in dem das Abkommen unterschrieben werden sollte – eine hohe Hürde für beide Seiten. Einerseits bestand Adenauer darauf, dass ein Mitglied der israelischen Regierung unterzeichnen müsse, andererseits gab es in Israel heftigen Widerstand dagegen, dass Außenminister Moshe Sharett und Konrad Adenauer in Augenhöhe einander begegnen sollten. Sharett war es schließlich, der sich mit seiner Überzeugung durchsetzte, einen solchen hohen politischen und historischen Akt dürfe man den Deutschen nicht vorenthalten, einen, wie Sharett formulierte, „geschichtlich präzedenzlosen Akt … parallel zum präzedenzlosen Massenmord an den Juden."

Die Unterzeichnung des Abkommens im Rathaus der Stadt Luxemburg am Vormittag des 10. September 1952 – also vor 55 Jahren – dauerte ganze 13 Minuten. Es gab keinen Sekt, keinen Imbiss, nichts. So schlicht dürfte in der Geschichte der Völker kaum ein anderer Vertrag von solcher Bedeutung unterzeichnet worden sein. Die Medien nicht nur in den betroffenen Staaten berichteten ausführlich über Form und Inhalt des Vertrages. In der Bevölkerung herrschte Skepsis vor. Nur elf Prozent der Bundesbürger waren für das Abkommen, 24 Prozent hielten die deutschen Leistungen für zu hoch und 44 Prozent lehnten das Ganze völlig ab. Sie sahen nicht ein, dass erstens „Wiedergutmachung" geleistet werden musste und zweitens ohne dieses Abkommen die junge Bundesrepublik noch auf Jahre ziemlich isoliert geblieben wäre. So aber stieg das internationale Ansehen der Bundesrepublik schnell an, gefördert von einem Wirtschaftswachstum, das kaum jemand so kurz nach der bedingungslosen Kapitulation des „Dritten Reiches" für möglich gehalten hat. Und auch insofern hat Shimon Stein Recht, wenn er sagt, die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel seien einzigartig. *Viktor Licht*

## Blick in die Zeitgeschichte

# „Es geht nicht um Reue“

*Die Angehörigen von Opfern des SS-Massakers in Distomo warten bis heute vergeblich auf eine Entschädigung. Der Dokumentarfilm „Ein Lied für Argyris“ erzählt die Geschichte eines Überlebenden.*

Keiner der Mörder in deutscher Uniform wurde je für seine Gräueltaten vor Gericht gestellt: „Ein Ehepaar zündeten sie lebendig an und schauten vergnügt dem grauenvollen Tanz der brennenden Leiber zu“, berichtet Argyris Sfountouris. „Vier Dorfbewohner wurden hingemetzelt mit den Därmen um den Kopf gewickelt aufgefunden.“

Der damals vierjährige Argyris und seine Schwestern Chryssoula, Astero und Kondylia sind Überlebende des Massakers, das Mitglieder einer SS-Division am 10. Juni 1944 in dem griechischen Dorf Distomo verübt haben. 218 Bewohner sind ermordet worden, darunter auch Argyris Eltern und weitere 30 Familienangehörige. Regisseur Stefan Haupt hat dem heute 66-Jährigen einen Film gewidmet: Er „ist eine Verneigung vor den Menschen, die solche Erlebnisse in früher Kindheit hatten, dennoch leben wollen und sich nicht abschotten und zurückziehen“, erklärt der Träger des Schweizer Filmpreises 2006.

Nach den Ereignissen in Distomo wuchs Argyris zunächst in griechischen Waisenhäusern, später in einem Pestalozzi-Kinderdorf in der Schweiz auf. Später studierte er in Zürich und erwarb den Doktortitel in Mathematik und Astrophysik. Eines Tages begann er eigene Essays und Gedichte zu schreiben. Nach dem Obristen-Putsch 1967 schloss Sfountouris sich dem Widerstand gegen die Militärjunta an und die Kulturzeitschrift „Propyläa“ heraus, in der von der Diktatur verfolgte Autoren ihre Werke veröffentlichten.

Zum 50. Jahrestag des Massakers organisierte Sfountouris in Kooperation mit der Gemeinde Distomo im Europäischen Kulturzentrum in Delphi eine „Tagung für den Frieden“. Der Kongress sollte nicht nur zur Aussöhnung betragen, sondern auch die deutsche Regierung an die bisher versäumte Zahlung von Entschädigungen erinnern. Eingeladen waren auch deutsche Politiker – aber keiner von ihnen wollte teilnehmen.

Auf offiziellen Besuch aus dem ehemaligen Täterland mussten Sfountouris und die Bewohner von Distomo lange warten. 2004 schließlich reiste der deutsche Botschafter Albert Spiegel zu Gedenkfeierlichkeiten an: „Ich möchte gern meine Entschuldigung aussprechen“, sagte er am Ende seiner nicht einmal zwei Minuten dauernden Rede. Argyris Sfountouris ist verbittert: „Das ist eine vollkommen sprachliche Verwahrlosung, nach 60 Jahren als diplomatische Pflichtübung dort das Wort Entschuldigung zu gebrauchen. Um Reue ist es nie gegangen.“

Seit 1995 kämpfen die Geschwister Sfountouris vergeblich vor deutschen Gerichten für eine Entschädigung. 2006 zogen sie schließlich vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg und beantragten die Feststellung, dass die deutschen Gerichte mit ihren ablehnenden Entscheidungen gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen haben. Außerdem verlangen sie die Festsetzung einer Entschädigungssumme. Das Verfahren ist noch anhängig.

Rund 300 der von dem Nazi-Verbrechen Betroffenen und ihre Nachkommen klagten auch vor griechischen Gerichten. Mit Erfolg. Im April 2000 verurteilte der Oberste Gerichtshof des Landes Areopag die Bundesrepublik zur Zahlung einer Entschädigungssumme von rund 28 Millionen Euro. Aber Berlin weigerte sich, seiner Verpflichtung nachzukommen, übte diplomatischen Druck auf die griechische Regierung mit der Folge, dass das rechtskräftige Urteil unwirksam blieb. Da Vollstreckungstitel auch in anderen europäischen Ländern durchgesetzt werden können, beantragten die Opfer schließlich in Italien die Anerkennung der Urteile und gewannen in zwei Instanzen. Aber Berlin bleibt hartnäckig, will alle Rechtsmittel ausschöpfen und ist kürzlich vor das Oberste Gericht Italiens gezogen – die Entscheidung steht noch aus. Ob die Bundesrepublik jedoch erneut einer Vollstreckung des Rechtstitels entgehen kann, ist fraglich. Denn zur Sicherung der Schadensersatzansprüche wurde bereits die Villa Vigoni, das deutsch-italienische Kulturinstitut am Comer See, durch Eintragung einer Zwangshypothek gepfändet.

*Volker Stahl*

Rezension

# Genau hinschauen

*Ein neu erschiener Sammelband liefert handfeste Belege für die starke Affinität der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zum extrem rechten politischen Spektrum.*

Ginge es nicht um ernsthafte politische Diskriminierungen, müsste man die Vorgehensweise schlicht als kindisch bezeichnen: Da werden komplette Falschinformationen über den baden-württembergischen SPD-Landtagsabgeordneten Stephan Braun oder den Kölner Wissenschaftler Christoph Butterwegge in die Online-Enzyklopädie Wikipedia eingestellt. Oder es wird an selber Stelle um die „richtigen“ Lexikoneinträge zu Begriffen wie „Deutsche Burschenschaften und Antisemitismus“ und „Neue Rechte“ regelrecht gekämpft.

Hinter diesen online und anonym geführten Auseinandersetzungen um die Meinungshoheit über bestimmte Termini stecken häufig Menschen aus dem Umfeld der „Jungen Freiheit“. Zu diesem Ergebnis kommt die Journalistin und Web-Kennerin Margret Chatwin in ihrem Beitrag, der in dem vor kurzem erschienenen Sammelband „Die Wochenzeitung ‚Junge Freiheit'“ enthalten ist. Herausgeber sind die stellvertretende SPD-Vorsitzende und Fraktionsvorsitzende im baden-württembergischen Landtag, Ute Vogt, und ihr Fraktionskollege Stephan Braun. Auf 362 Seiten haben sie und 17 weitere Autorinnen und Autoren – allesamt Kenner der rechten und rechtsextremen politischen Szene – Geschichte und Entwicklung der Wochenzeitung ebenso nachgezeichnet wie Themensetzungen, gewollte Provokationen sowie Verbindungen von Autoren zu rechtsextremen Publikationen und Personen. Ausgangspunkt für die Buchveröffentlichung über das Blatt ist ein Vergleich, den die „Junge Freiheit“ 2005 vor dem Bundesverfassungsgericht erzielt hat, wonach die Aufnahme in Verfassungsschutzberichte erschwert ist.

Tatsächlich hatte es die Publikation regelmäßig „geschafft“, in den Fokus der Verfassungsschützer in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg zu geraten – sehr zum Missfallen der Macher um Chefredakteur Dieter Stein. Dass es auch nach dem Vergleich vor dem Bundesverfassungsgericht mehr als genug Gründe gibt, jede Ausgabe der „Jungen Freiheit“ akribisch auf Verbindungen zum Rechtsextremismus zu untersuchen, belegt Vogts und Brauns Buch eindrucksvoll.

Die „Junge-Freiheit“-Redaktion selbst hat in den zurückliegenden Jahren einiges dafür getan, sich als „seriöses“, „rechts-konservatives“ Blatt darzustellen. Da sollen zum einen Interviews mit über jeden Zweifel erhabenen Politikern wie Egon Bahr oder Peter Glotz, zum anderen die Abwendung von plumpen nationalistischen oder antisemitischen Parolen das Image aufhübschen. Doch der Blick der Expertinnen und Experten hinter diese ansprechende Fassade fördert doch vor allem wieder das altbekannte Gedankengut der Geschichtsrevisionisten und Neuen Rechten zutage, wie etwa Michael Pechels Buchbeitrag über „Das Geschichtsverständnis der ‚Jungen Freiheit'“ zeigt. „blick nach rechts“-Herausgeber Helmut Lölhöffel belegt in seinem Aufsatz wiederum, dass die Zeitung mit der Wahl ihrer Interviewpartner mehrere Absichten verfolgt: Zum einen gehe es um die Aufwertung der eigenen Reputation durch Gespräche mit lupenreinen Demokraten, zum anderen aber auch darum, der „Jungen Freiheit“ zu öffentlicher Aufmerksamkeit zu verhelfen.

Aufschlussreich auch die Kapitel, in denen die vielfältigen Verbindungen des Zeitungsverlages wie seiner Autorinnen und Autoren in die rechtsextreme Szene hinein nachgezeichnet werden. Für das „Who's who“ bei der „Jungen Freiheit“ zeichnet der Journalist Anton Maegerle verantwortlich, und er hat Interessantes zutage gefördert. Von Alain de Benoist, der laut bayerischem Innenministerium „eindeutig dem Rechtsextremismus zuzurechnen ist“ über Andreas Molau, der nach einigen Jahren in der Redaktion der „Jungen Freiheit“ Berater der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen und Vizechefredakteur der „Deutschen Stimme“ wurde bis zu Werner Olles, den das nordrhein-westfälische Innenministerium dem nationalrevolutionären Flügel der extremen Rechten zurechnet, finden sich genügend ausgewiesene Rechtsextremisten, um das genaue Hinschauen der Verfassungsschützer mehr als zu rechtfertigen. Und auch die Anzeigenkunden in der „Jungen Freiheit“, zu

denen bnr-Redakteurin Gabriele Nandlinger ausführlich recherchiert hat, sind zu einem großen Teil Verlage und Organisationen aus dem extrem rechten Spektrum.

Beiträge von Wolfgang Gessenharter, Helmut Kellershohn, Regina Wamper und anderen, die detailliert Themen und Debatten in der „Jungen Freiheit" nachzeichnen, liefern weitere handfeste Belege für die starke Affinität des Blattes zum extrem rechten politischen Rand.

Bedauerlich ist freilich an diesem Sammelband, dass er sich über weite Strecken vor allem an ein einschlägig vorgebildetes Lesepublikum wendet, denn die Fülle an Personen-, Organisations- und Publikationsnamen lässt sich ohne Vorwissen kaum fassen.

*Gudrun Giese*

Stephan Braun/Ute Vogt (Hrsg.), Die Wochenzeitung „Junge Freiheit" – Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden**,** VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, 362 Seiten, 39,90 EUR.

## Verschleierte Botschaften

***Der Rechtsextremismus bietet auch eine eigene Erlebniswelt – damit sollen speziell Jugendliche geködert werden.***

Warum werden insbesondere Jugendliche Rechtsextremisten? Dafür gibt es zahlreiche Gründe, die auf den unterschiedlichsten Ebenen ausgemacht werden können. Eine Ursache fand bislang noch nicht genügend Aufmerksamkeit: Das rechtsextreme Lager liefert auch eine eigene Erlebniswelt, wofür Demonstrationen und Konzerte, Bekleidung und Lifestyle, Kameradschaftsabende und Sonnenwendfeiern stehen. Mit Events, Interneteinstellungen und Musikangeboten versucht man an Jugendliche als gegenwärtig wichtigste Zielgruppe heranzukommen. Dieser „Erlebniswelt Rechtsextremismus" widmet sich ein gleichnamiger Sammelband zur „Menschenverachtung mit Unterhaltungswert". Herausgegeben haben ihn der Pädagoge Stefan Glaser und der Sozialwissenschaftler Thomas Pfeiffer.

Der Band gliedert sich in fünf Teile: Zunächst geht es allgemein um den Rechtsextremismus, dessen Erlebniswelt und eine Fallstudie zu rechtsextremen Orientierungen unter Schülern in Hagen. Dem folgen Beiträge zur Nutzung des Internet durch Rechtsextremisten mit Ausführungen zu juristischen Aspekten und der Musik als virtueller Propagandawaffe. Medienpädagogische Ansätze zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Internet und dem Umgang mit rechtsextremen Störungen in Veranstaltungen der politischen Bildung stehen danach im Zentrum. Die folgenden Kapitel enthalten dann noch konkrete Projektbeschreibungen für die schulische und außerschulische politische Bildung sowie Hinweise zu Informationen von Institutionen, im Internet oder der Literatur.

Aus zwei Gründen verdient der Sammelband besonderes Interesse: Erstens konzentriert er sich auf den Gesichtspunkt der „Erlebniswelt Rechtsextremismus", worunter man „die Verbindung von Lebensgefühl, Freizeitwert und politischen Botschaften in dieser Szene" (S. 37) versteht. Dieser Aspekt ist sowohl für die Analyse wie die Prävention von besonderer Bedeutung. Zweitens hat der Band einen hohen Gebrauchswert für die politische Bildung. Dafür stehen insbesondere die konkreten Projektskizzen, aber auch die Aufsätze zur Internet-Propaganda von Rechtsextremisten.

*Armin Pfahl-Traughber*

Stefan Glaser/Thomas Pfeiffer (Hrsg.), Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts. 2007, 238 Seiten, 24,80 EUR.

## Meldungen

### „Verräter" in der Szene

Dortmund – Ein mutmaßlicher V-Mann des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes soll einen 22-jährigen Rechtsextremen mit der Waffe ausgestattet haben, mit der dieser bei einem Raubüberfall Anfang Februar in Dortmund einen 60-jährigen Kunden niederschoss. Bekannt wurde dies im Zuge des Gerichtsverfahrens gegen den 22-Jährigen, den das Landgericht Dortmund jetzt zu acht Jahren Haft verurteilte. Der mit ihm befreundete mutmaßliche V-Mann Sebastian S. befindet sich zurzeit wegen des Verdachts des Rauschgifthandels in Untersuchungshaft. Er wurde zum Umfeld der Rechtsrock-Band „Oidoxie" gerechnet und gehörte in den letzten Jahren regelmäßig zu den Veranstaltern von größeren, in Belgien stattfindenden „ISD Memorial"-Konzerten zu Ehren des 1993 bei einem Unfall ums Leben gekommenen Gründers von „Blood & Honour", Ian Stuart Donaldson. Ende 2004 floss ein Teil des Erlöses aus einem der Konzerte ganz offen an die neonazistische Kameradschaft Dortmund. Inzwischen warnt auch die Neonaziszene vor dem „Verräter": Er habe seit etwa drei Jahren mit dem Innenministerium in Kontakt gestanden. In der „Bewegung" sei er auch als Waffenhändler bekannt gewesen. (ts)

### Haft für Holocaust-Leugner

Östereich (Wien) – Der 56-jährige Wiener Ex-FPÖ-Bezirksrat Wolfgang Fröhlich sitzt wegen NS-Wiederbetätigung in Haft. Fröhlich steht in Verdacht gegen Paragraf 3h Verbotsgesetz verstoßen zu haben, der Holocaust-Leugnung mit einem bis zu zehn Jahren Haft bedroht. Der notorische Holocaust-Leugner wurde verhaftet, nachdem er einen „Appell an alle anständigen Österreicher" – unter anderem an Nationalratsabgeordnete – verschickt hatte. In dem holocaustleugnenden Appell fordert Fröhlich dazu auf, eine Unterschriftenliste für die Abschaffung des NS-Verbotsgesetzes, insbesondere des Paragrafen 3h zu unterzeichnen. Fröhlich ist bereits zweimal wegen NS-Wiederbetätigung verurteilt worden. Während seiner Inhaftierung wurde Fröhlich zeitweilig auf der „Gefangenenliste" braunen Knasthilfeorganisation HNG, dem mitgliederstärksten Neonazi-Zusammenschluss in der Bundesrepublik, geführt. Im Dezember 2006 war Fröhlich einer der Teilnehmer der so genannten Holocaust-Konferenz „Überprüfung des Holocausts: Globale Vision" in der iranischen Hauptstadt Teheran. (am)

## Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030 ) 255 94 174
Fax: (030 ) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030 ) 255 94 100
Fax: (030 ) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030 ) 255 94 130
Fax: (030 ) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de